

THORSTEN GLAUBER

UNSERE WOCHE IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

für uns steht fest: Die arbeitende Mitte in Deutschland muss gestärkt werden. Deshalb haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag gefordert, dass Zuschläge für Mehrarbeit, die über die vereinbarte Vollarbeitszeit hinausgeht, steuerlich begünstigt werden. Auf diese Weise soll das betriebliche Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziell belohnt werden.

Gerade angesichts des Fachkräftemangels – insbesondere im Handwerk – sowie der notwendigen volkswirtschaftlichen Stärkung der Bundesrepublik wäre diese Maßnahme ein wichtiger Baustein. Betriebliche Anreizstrukturen dürfen Mehrarbeit nicht bestrafen, sondern müssen den zusätzlichen Einsatz der Beschäftigten fördern.

Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde vereinbart, dass Zuschläge für Mehrarbeit, die über die tariflich vereinbarte bzw. an Tarifverträgen orientierte Vollzeitarbeit hinausgehen, steuerfrei gestellt werden. Aktuell steht die konkrete Umsetzung jedoch noch aus. Die gesetzliche Realisierung des Vorhabens sollte jetzt oberste Priorität haben. Deshalb muss Bundesfinanzminister Lars Klingbeil seinen Reformankündigen nun auch Taten folgen lassen. Ein weiteres Aufschieben dieses Vorhabens halten wir für nicht vermittelbar.

Klar ist aber auch, dass der Bundesgesetzgeber den Handlungsspielraum der Tarifparteien nicht einschränken darf. Sofern etwa Arbeitszeitkonten in der betrieblichen Praxis geführt werden, muss dieser Mechanismus im Rahmen der Vertragsautonomie vollständig erhalten bleiben. Der Bundesgesetzgeber soll mit dem veränderten Rahmen lediglich eine Kann-Bestimmung, die neue Möglichkeiten bietet, auf den Weg bringen.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!



IN DIESEM NEWSLETTER

**UNSERE FORDERUNG: BUND
MUSS ENTLASTUNGEN
VERSTETIGEN**

**UNSER DRINGLICHKEITS-
ANTRAG GEGEN
LINKSEXTREMISMUS**

**BESUCH AUS DER HEIMAT IM
BAYERISCHEN LANDTAG**

**UNSERE WOCHE AUF SOCIAL
MEDIA**

Hohe Spritpreise: Bundesregierung soll Entlastungen verstetigen

Die Entlastungspläne des Bundes sind ein erster Schritt in die richtige Richtung, allerdings sollten die Entlastungen für Bürger und Wirtschaft verstetigt werden. Die auf zwei Monate befristete Senkung der Energiesteuer um 17 Cent pro Liter ist zwar ein wichtiges Signal, muss jedoch durch langfristige Lösungen ergänzt werden. Denn eine zeitlich begrenzte Maßnahme allein reicht nicht aus, um den Menschen im Land dauerhafte Planungssicherheit zu geben.

Wichtige Maßnahmen wären eine verlässliche Gestaltung der Energiesteuer sowie eine Überprüfung der CO₂-Bepreisung, um die Kostenbelastung tragfähig zu halten. Ziel muss ein Spritpreis sein, der wieder deutlich unter zwei Euro pro Liter fällt. Die Belastungsgrenze vieler Haushalte – insbesondere von Pendlern und Familien – ist derzeit überschritten. Die Energiesteuer bleibt ein zentraler Hebel, um eine unmittelbare Wirkung an der Zapfsäule zu erzielen. Die bisherigen Schritte des Bundes



müssen nun konsequent weiterentwickelt werden, um die heimische Wirtschaft stabil zu halten. Schließlich sind moderate Transport- und Logistikkosten für Unternehmen zwingend notwendig, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir schlagen vor, die CO₂-Bepreisung in der aktuellen Lage kritisch zu hinterfragen, da sie Energie zusätzlich verteuert und vor allem den ländlichen Raum sowie energieintensive Betriebe trifft. Klimaschutz sollte so gestaltet werden, dass er nicht zur Überforderung von Bürgern und Mittelstand führt. Mehr [HIER](#).

Unser Dringlichkeitsantrag: Klare Analyse und konsequentes Handeln gegen Linksextremismus

Die steigenden Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität in Bayern machen deutlich: Der Linksextremismus bleibt eine ernsthafte Bedrohung für den Rechtsstaat. Deshalb haben wir mittels Dringlichkeitsantrags eine genaue Beobachtung dieses Phänomens gefordert. Während sich derzeit deutschlandweit radikale Kräfte im Aufwind wähnen, stehen wir für eine starke, wehrhafte Demokratie aus der bürgerlichen Mitte heraus. Gerade jetzt müssen wir deshalb ein wachsames Auge auf politisch motivierte Kriminalität richten. Ein Bericht der Staatsregierung soll darlegen, wie Polizei, Verfassungsschutz und Justiz dieser Herausforderung begegnen.

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 8.700 politisch motivierte Straftaten registriert – ein neuer Höchststand. Besonders alarmierend ist der Anstieg linksextremistischer Delikte: Von 727 auf 1.627 Fälle haben sie sich mehr als verdoppelt. Auch bei den Gewaltdelikten entfällt ein erheblicher Anteil auf den linksextremistischen Bereich. Diese Zahlen sind besorgniserregend: Sie zeigen, dass Linksextremismus nicht nur eine theoretische Gefahr darstellt, sondern in konkrete Straftaten mündet.

Wir fordern daher eine detaillierte Aufschlüsselung der Fallzahlen sowie eine Analyse der Ursachen. Auch wenn weiterhin Straftaten aus dem rechten Spektrum den größten Anteil an der politisch motivierten Kriminalität ausmachen, dürfen wir als Rechtsstaat keine Scheuklappen besitzen. Eines muss klar sein: Der Staat ist weder auf dem rechten, noch auf dem linken Auge blind. Deshalb werden wir zusammen mit der Staatsregierung bestehende Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung transparent überprüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln. Mehr [HIER](#).

Trump auf Konfrontationskurs mit dem Pontifex: Wir stellen uns an die Seite von Papst Leo XIV.

Wer das Oberhaupt der katholischen Kirche angreift, greift nicht nur die grundlegenden Werte des Christentums, sondern auch die Überzeugungen von unzähligen Menschen auf der ganzen Welt an. Papst Leo XIV. steht der katholischen Kirche mit 1,4 Milliarden Katholiken vor und spricht für alle Menschen, die guten Willens sind. Er verkündet die Botschaft des Evangeliums, die Botschaft von Frieden und Freiheit. Diese Botschaft kennt weder Zeit noch Raum – und erst recht keine Politik.

Wir stehen zu Papst Leo XIV. und sind stolz auf ihn. Bereits seine erste Ansprache auf dem Petersplatz in Rom eröffnete der Papst mit den Worten „Der Friede sei mit euch“. Damit sprach der Pontifex Millionen Menschen auf der Welt, die in ihrem Wunsch nach Frieden und Versöhnung vereint sind, aus dem Herzen. Gerade deshalb dürfen wir nicht schweigen, wenn die Friedensbotschaft von Papst Leo infrage gestellt wird. Wir müssen genau hinschauen, wer auf der Grundlage von Wahrheit und Gerechtigkeit versöhnt und somit Frieden stiftet, und wer als falscher Messias Leid und Gewalt verbreitet. Wir alle müssen Friedensstifter sein und uns gegen Ausgrenzung und Hass positionieren. Mehr [HIER](#).



Wir stehen zu Papst Leo XIV. und sind stolz auf ihn, denn er spricht Millionen Menschen, die in ihrem Wunsch nach Frieden und Versöhnung vereint sind, aus dem Herzen.



Florian Streibl
Fraktionsvorsitzender



FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Besuch aus der oberfränkischen Heimat im Maximilianeum



Wieder einmal durften Besucher aus dem Landkreis Forchheim den Bayerischen Landtag im Maximilianeum besuchen. Nach einem Blick hinter die Kulissen und einer Führung durch das historische Gebäude, gab Thorsten Glauber Einblicke in die Arbeit eines Abgeordneten und die eines Staatsministers und diskutierte eingehend mit den interessierten Besuchern. Diese kamen vom Seniorentreff der katholischen Kirche Weißenhohe, der Chorgemeinschaft Liederkranz Pinzberg/Dobenreuth und den Dobenreuther Ortsvereinen. Vielen Dank für den Besuch und die guten Gespräche.



UNSERE WOCHEN AUF SOCIAL MEDIA



#StreiblsStandpunkt: Hoffnung für ein starkes Europa!

Die Chance auf Wandel ist groß: Nach einer historischen Wahl steht Ungarn vor einem Neustart. Welche Folgen der Wahlausgang für Europa hat, ordnet unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl im Reel ein.

HIER geht's zum wöchentlichen Social Media-Format #StreiblsStandpunkt.

#ReelDerWoche: Arbeitende Mitte in Deutschland stärken!

Für unsere Fraktion steht fest: Die arbeitende Mitte in Deutschland muss gestärkt werden. Deshalb haben wir diese Woche mittels Dringlichkeitsantrag gefordert, dass Zuschläge für Mehrarbeit, die über die vereinbarte Vollarbeitszeit hinausgeht, steuerlich begünstigt werden.

Auf diese Weise soll das betriebliche Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanziell belohnt werden.

Zum Reel mit unserem wirtschaftspolitischen Sprecher Markus Saller geht's HIER.



#MemeDerWoche: Unser Dringlichkeitsantrag

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 8.700 politisch motivierte Straftaten registriert – ein neuer Höchststand. Besonders alarmierend ist der Anstieg linksextremistischer Delikte: Von 727 auf 1.627 Fälle haben sie sich mehr als verdoppelt. Wir finden: Das darf nicht so weitergehen! Deshalb werden wir zusammen mit der Staatsregierung bestehende Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung überprüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln. Zum Post geht's [HIER](#).



Der Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass extremistische Bestrebungen – gleich welcher Couleur – ungehindert wachsen!



Bernhard Pohl
Erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION



FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

#GalerieDerWoche: Vom Landtag ins Landratsamt

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge werden wir uns in den kommenden Wochen von zwei wundervollen Fraktionskollegen verabschieden müssen: Michael Koller und Tobias Beck werden nach ihren Wahlsiegen das Amt des Landrats antreten und ihr Mandat als Landtagsabgeordnete abtreten.

Wir sind unglaublich stolz auf ihren Einsatz und dankbar für alles, was sie bisher für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern bewegt haben – sie werden uns im Landtag sehr fehlen!

Gleichzeitig freuen wir uns, dass sie nun die Möglichkeit haben, ihre Erfahrung auf regionaler Ebene einzubringen und noch direkter für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein. Wir wünschen ihnen für ihre neuen Aufgaben viel Erfolg, Energie und Freude!

Zur Galerie auf Instagram geht's [HIER](#).

Alle Fotos und Grafiken: FREIE WÄHLER Landtagsfraktion.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Thorsten Glauber, MdL, Staatsminister

Klosterstraße 10

91301 Forchheim

Tel. 09191/6219735

Fax 09191/6219736

thorsten.glauber@fw-landtag.de

www.thorsten-glauber.de